

steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig. Wie es sich eben für Kapitalisten geziemt. Mit den Reichsbank abgenommenen Devisen wird jetzt eine Rheinische Geldbank gegründet, um die

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der „Vossischen“ eigentlich nicht zu. Wenn sie „freien Wettbewerb“ und „Öffnung der Grenzen“ verlangt, nimmt dahinter vielmehr immer eine an der Einfuhr

den Arbeitskräfte, nun seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Bloß gemacht! Sie sind überall am Verlegen. Die Fäulnis im Kapital-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verzweigungsüberleitung, in diesem Sinne auch Zweckmäßigkeit. Das große Rätselraten ist vorbei: Jeder Arbeiter ist auf die Ausschöpfung des Profits angewiesen.

der „Vorwärts“ eine Auflage zwischen 60 und 70 000, die „Leipziger Volkszeitung“ etwa 40 000 usw. haben. Eine ganz interessante Tabelle besagt, daß auf je 100 Einwohner in ganz Deutschland 1,96 Leser der sozialdemokratischen Presse kommen; auf 100 sozialdemokratische Wähler 15,23 und auf 100 soz. Parteimitglieder 137. Als Dachorganisation, insbesondere der Druckereigeschäfte, ist vor einigen Jahren die sogenannte Konzentrations-A.-G. gegründet worden, die vor allem auch der kapitalistischen Rationalisierung der Wirtschaftsbetriebe dienen soll. Mit der Presse im Zusammenhang steht der „Sozialdemokratische Pressedienst“, der unter anderem einen eigenen inländischen Rundfunkdienst unterhält und der die gesamte sozialistische Presse Deutschlands und auch viele sozialistische und bürgerliche Anstandsblätter mit Material versorgt und ihnen — ähnlich dem Wolf-Büro — Dienste leisten soll. Die sozialdemokratischen Zeitschriften sollen hier nicht alle aufgezählt werden, doch seien einige wichtige genannt: „Die Gesellschaft“, die „Jungsozialistischen Blätter“, die „Arbeiterjugend“, die „Frauenwelt“, „Der wahre Jakob“, die „Arbeiterwohlfahrt“, die „Gemeinde“, die „Bücherwarte“, die „Sozialistische Erziehung“, der „Kinderfreund“ usw. usw., wozu dann noch eine Fülle von Korrespondenzblättern kommt. Neben dieser Presse stehen die sozialdemokratischen Verlage, unter ihnen vor allem der Partei-Zentralverwalt. Dietz, der für 1927 einen Umsatz von 2 Millionen Mark ausweist. Im gleichen Jahr gab es 27 neue Bücher mit Durchschlagsaufträgen von 3—4000 einige mit 10 und 12 000, heraus: eine Malschrift in 215 000 Exemplaren. Eine Gründung der Sozialdemokratischen Partei ist auch der „Bücherkreis“ mit 44 500 Abonnenten, der in den Jahren 1924—27 insgesamt 403 657 Bände ausgeliefert hat und 1 500 000 Mark seiner zugehörigen Monatszeitschrift. An Gesamtbüchermaterial wurden in den Bezirken zur Agitation 1917 verbreitet 4,3 Millionen Broschüren und 27,9 Millionen Flugblätter (darunter z. B. 600 000 Stück der Broschüre „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“ von Hilferding; 200 000 Stück „Sowjettyran“ usw.). Der agitatorischen Werbung und der Mitgliederhaltung dienten 14 894 öffentliche Werbeveranstaltungen und 58 640 Mitgliederversammlungen. Ein sehr wichtiges Glied der sozialdemokratischen Gesamtorganisa-

sation ist ihr Bildungswesen, für das im „Reichsausschuß für sozialistisches Bildungswesen“ eine Zentrale existiert. Nur das wichtigste sei herausgegriffen: Als grundlegendes Bildungsmittel besonders für die Funktionäre und geschulten Mitglieder finden Kurse von meist 1—2 Wochen Dauer statt. 1927 waren es 29 Kurse mit insgesamt 780 Teilnehmern. (Wohlverstanden sind das nur die Kurse, die der Reichsausschuß vermittelt. In den Bezirken, vor allem in den sächsischen, ist eine sehr lebhaftige Eigentätigkeit.) Sonderkurse fanden außerdem statt für Funktionärinnen, Redakteure, Parteisekretäre, Sprechchorleiter. Bemerkenswert sind die Hauptkosten meist von der Partei getragen. Eine besondere Zentrale für Film und Lichtbild ist ab 1928 eingerichtet worden; 6 eigene Filme sind bereits hergestellt worden; eine „Volkswochenschau“ ähnlich der Emelka-Wochemschau usw.) wurde herausgebracht. Ein Filmatmosphäre als Wanderkino. Eine Schauspielergruppe reiste als „Wanderrat“ der Reichsausschuß hat ferner im eigenen Verlag erschiene Schriften herausgegeben; organisiert Ferienreisen, leitet die sogenannte „Freie sozialistische Hochschule“, steht in Verbindung mit einer Reihe sozialistischer Wirtschaftsschulen, schuf den Sozialistischen Kulturbund als Dachorganisation aller Bildungs- und Kulturbestrebungen zur Verhinderung von Zersplitterung usw. Neben dem Reichsausschuß arbeiten natürlich die Bezirke auf eigene Faust. Als weitere Glieder des Ganzen seien wenigstens noch genannt: der sozialdemokratische Leserbund mit etwa 6000 Mitgliedern, die bereits erwahten „Jungsozialisten“ und „Arbeiterjugend“, und die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde“ die die 10—14-Jährigen umfaßt. Endlich muß noch die „Arbeiterwohlfahrt“ erwähnt werden mit ihren zahlreichen Kur- und Erholungsheimen, Kindergärten, Horten, Nähstuben, Stellennachweh, Lotterien usw. Zur Charakteristik, gehören schließlich auch die „Fürsorgekassen für die in den sozialdemokratischen Betrieben beschäftigten Personen“, ebenso der „Verein Arbeiterpresse“.

### Die wiedervereinigte Berliner Richtung

Die KAPD, Berliner Richtung, seit dem Abenteuer der Vereinigung mit der Schwarz-Gruppe und infolge dieses Abenteuers gespalten, hat sich in einem Parteitag wieder geeinigt. Die Opposition, die solange ein eigenes Organ, den „Kommunistischen Arbeiter“ herausgab, hat sich selbst samt ihrem Organ liquidiert, und ebenso auch die „Klassenfront“, das Blatt der Unions-Opposition. Drei Vierteljahr lang war die Partei an Schwarz-Fieber schwer krank. Ist sie jetzt gesund?

Wir haben hier immer die Auffassung vertreten, daß der Fall Schwarz kein isolierter Fall, kein einmaliger unbegreiflicher Fehltritt war, bezogen etwa in einem Augenblick getriebener Bewußtseins — sondern vielmehr eine zerfallende Konsequenz der Gesamtakt, die die Berliner Richtung sich allmählich immer deutlicher zu eigen gemacht hat. Letzten Endes eine Konsequenz der opportunistischen Gedankengänge, die zur Spaltung der Berliner und der Essener Richtung führten. Trifft diese Auffassung zu, so kann die bloße Wiedervereinigung der zentraltreuen Elemente und der Opposition keine Gesundung gebracht haben, es sei denn, daß der Prozeß zu einer eindeutigen Verurteilung des Vorgehens im Falle Schwarz und darüber hinaus zu einer ebenso eindeutigen Ablehnung der gesamten faktischen Linie geführt hätte, die der innere Grund des Falles Schwarz gewesen ist.

Zu einer solchen prinzipiellen Klärung ist es nicht gekommen. Könnte es nicht kommen, da die Opposition selbst nicht bis zu der Klarheit durchgedrungen war, die ihr erlaubt haben. Die Dinge zu sehen wie sie sich entwickelt haben. Die Opposition, in sich selbst uneins, zum Teil um Personenfragen gruppiert, zum Teil auf das Mitmachen bei Lohnkämpfen fast noch mehr erpicht als die Zentralenmehrheit, hat vorzeitig die Waffen gestreckt, noch ehe sie selbst zu einer einheitlichen Auffassung der Gesamtprobleme kommen konnte.

Im Interesse der Einheit der revolutionären klaren Elemente ist dieser Ausgang zu bedauern. Wäre die Opposition so klar und prinzipiell gewe-

sen, wie sie es eben nicht war, so hätte aus der Auseinandersetzung mit ihr sich im Laufe der Zeit eine Etappe auf dem Weg zur Einigung der KAPD, unter Ausschließung aller gewerkschaftlich und zentralnämig eingestellten Elemente ergeben können. So aber, mit diesem Mangel an innerer Klärung und dieser vorzeitigen Rückkehr unter das eben erst verlassene Dach, hat die Opposition nur schwere Schuld an der weiteren Verwirrung der revolutionären Arbeiter auf sich geladen.

Wie vorzeitig diese Rückkehr war, ergibt sich schon allein daraus, daß nicht einmal in dem Punkt, aus dem der Konflikt entstanden ist, eine Klärung erreicht wurde, im Falle Schwarz. Der Beschluß, den der Parteitag auf Antrag der Berliner Organisation in der Frage der Politik gegenüber der „entschiedenen Linken“ gefaßt hat, lautet:

„Die Partei versuchte zum ersten Male auf konstruktivem Wege, Teile von Arbeiter mit parlamentarischen Traditionen anzugliedern. Es erwies sich jedoch, daß die Partei nicht stark genug war, diese Aufgabe, die das Prinzip nicht verletzte, bis zu Ende durchzuführen. Die Partei erklärt, daß der Fall Schwarz nur ein Glied in der Kette dieser Politik war. — Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß dieser Versuch die Partei so stark belastete, daß die Gefahr eines organisatorischen Zusammenbruchs und politischer Verwirrung in greifbare Nähe gerückt war. — Der Parteitag erklärt, daß fraktionelle Angliederung und eine Verstärkung der Partei auf diesem Wege für die Zukunft nicht in Frage kommt.“

Das ist zwar eine politische Verurteilung der Kräfte, die auf die fraktionelle Angliederung der E. L. so stolz waren, aber doch nur, weil sie offenbar die Kräfte der Partei überschätzt hatten. Die gestellte Aufgabe, verletzte nicht das Prinzip. Man kann wohl fragen: weshalb dann die entscheidende Feststellung, daß „fraktionelle Angliederung für die Zukunft nicht in Frage kommt“? Wenn

dieser Weg das Prinzip nicht verletzte, sondern nur eben die Partei nicht stark genug war — wie so dann in alle Zukunft abzuweichen? Die Partei könnte ein andermal doch vielleicht, gegenüber einer andern Gruppe, stark genug sein? Oder war das Vorgehen eben doch prinzipiell falsch, und man will es nur nicht zugeben? Schon der Wortlaut dieses Beschlusses, der doch wohl reichlich überlegt ist, zeigt, wie hier eine gefallenen Jungfrau erklärt, einmal sei keimmal, und hinfort werde sie keusch bleiben. Bekanntlich ist so etwas eine Selbsttäuschung.

Während man also in dieser sachlich-politischen Frage zu einem höchst faulen Kompromiß gekommen ist, ist die organisationspolitische Frage, die im Lauf der Spaltung mit großer Erbitterung umkämpft wurde, aufs Gleis einer Statutenänderung abgeschoben worden. Die Opposition hat eine Erklärung schlucken müssen, die ihr „leichtsinig zerbrochen“ und „Diskreditierung“ und in die Hände arbeiten für die „konterrevolutionäre Spekulation sozialdemokratischer und leninistischer Demagogen“ vorwirft. Für die Rückkehr der oppositionellen Genossen in die Partei ist außerdem ein Joch aufgerichtet worden, unter dem jeder durchkriechen muß: „selbstverständlich müssen diese Genossen die Anwürfe, die die proletarische Ehre der Körperschaften angreifen, zurücknehmen“. Ja ja, die „Körperschaften“ lassen nicht mit sich spassen.

Damit aber auch hier etwas geschehen zu sein scheint, hat man die Diskussion sich festfahren lassen auf dem Thema der Aufnahme neuer Mitglieder und dem Gedanken, vor die Aufnahme als vollberechtigtes Mitglied die Einrichtung der „Kandidaten“ (nach russischem Muster) zu setzen. Dann hat man die Diskussion noch ausgedehnt auf die Frage einer Neugliederung von Hauptausschuß, Zentralausschuß und Geschäftsführung, und hat mit der ganzen Angelegenheit einen Wirtschaftszweig beauftragt, der einen neuen Statutenentwurf vorbereiten soll. So ist man diese unangenehme Geschichte für eine Zeit lang los, und kann nun bei jeder Klage der Mitglieder über die „Körperschaften“ antworten: wartet nur das neue Statut ab, dann wird alles besser werden.

Zwischen geht der alte Schwindel lustig weiter. Ein Beispiel mag genügen: Bereits im Oktober vorigen Jahres, hat die Kontrollkommission bei einer Zentralausschuß-Sitzung festgestellt: „Die Anregung, das Mandat (von Schwarz) nicht niederzulegen, ist ausgegangen von Funktionären der KAPD“ — also nicht von Schwarz selbst. In den Thesen des GHA zum Parteitag, die angenommen wurden, heißt es jedoch: „Die Partei stellte nicht die Frage der Niederlegung von Schwarz, sondern Schwarz die Frage der Nichtniederlegung vor die Partei“. Also: Funktionäre der Partei — welche? in welcher Funktion? — regten Schwarz an, das Mandat nicht niederzulegen. Die Partei (da sie nur durch Menschen handeln kann, also doch wohl wieder: Funktionäre der Partei; welche? — in welcher Funktion?) verzichtete darauf, Schwarz zur Niederlegung seines Mandats aufzufordern. Schwarz seinerseits aber handelte: er stellte die Partei (also wiederum ihre Funktionäre) vor die Frage, ob er das Mandat nicht behalten könne. Will man hier unterscheiden zwischen Partei und Funktionären? Und zu welchem Zweck? Nachdem Schwarz von Funktionären der Partei die Anregung bekommen hatte, sein Mandat zu behalten, und nachdem die Partei ihn offiziell nicht aufgefordert hatte, es niederzulegen, konnte er sich wohl seinerseits zu der offiziellen Frage berechtigt fühlen — die man ihm ja offenbar durch Funktionäre nahegelegt hatte... ob er es nicht behalten dürfe.

Diese Frage wäre an sich gleichgültig, da der Effekt — Schwarz als sympathisierender Parlamentarier der KAPD — ja bekannt ist. Aber die Methode, mit der hier damals geschoben wurde und heute noch geschwindelt wird, eröffnet tiefe und traurige Einblicke. Und sie gibt zugleich eine Charakteristik der vollzogenen Wiedervereinigung.

Daß diese Wiedervereinigung sich im Zeichen verschärften Kampfes gegen die Essener Richtung vollzieht, sei für heute nur nebenbei erwähnt. Man glaubt uns zu treffen mit demagogischen Sätzen wie: „Die Partei sagt allen sogenannten linken Strömungen im Proletariat, die Wirtschaftskämpfe in Gegensatz zum Klassenkampf stellen, als Sabotage an der Partei, die die proletarische Revolution in Gefahr bringen, an. — Darauf können wir nur unerbittlichen Krieg ansagen allen Machern, allen Saboteuren der proletarischen revolutionären Bewußtseinsentwicklung, die die Union zu einem Gewerkschaftersatz verkrüppeln wollen.“

# 7. Jahrg. 1928 **Kommunistische Arbeiter-Zeitung** Nr. 6 / Preis 10 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.  
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

## Die Wahrheit über Rußland.

Engels warf 1894 im Nachwort zu einem Aufsatz „Soziales Rußland“ die Frage auf: „Kann das bestehende bäuerliche Gemeineigentum in Rußland dienen als Ausgangspunkt einer nationalen Aktion, die unter Überspringung der ganzen kapitalistischen Periode, den russischen Bauernkommunisten sofort hinüberführt in das moderne sozialistische Gemeineigentum an allen Produktionsmitteln, indem sie ihn bereichert mit den sämtlichen technischen Errungenschaften der kapitalistischen Ära?“

Er antwortete verneinend: „Es ist eine historische Unmöglichkeit, daß eine niedrige ökonomische Entwicklungsstufe die Rüsels und Konflikte lösen soll, die erst auf einer weit höheren Stufe entsprungen sind und entspringen kommen. Die bloße Tatsache, daß neben der russischen Bauerngemeinde gleichzeitig in Westeuropa die kapitalistische Produktion sich dem Punkt nähert, wo sie in die Brüche geht, und wo sie selbst schon auf eine neue Produktionsform hinweist, bei der die Produktionsmittel als gesellschaftliches Eigentum planmäßig angewandt werden — die bloße Tatsache kann der russischen Gemeinde nicht die Kraft verleihen, aus sich selbst diese neue Gesellschaftsform zu entwickeln. Wie sollte sie die riesigen Produktionskräfte der kapitalistischen Gesellschaft sich als gesellschaftliches Eigentum und Werkzeug aneignen können, noch ehe die kapitalistische Gesellschaft selbst diese Revolution vollbracht; wie sollte die russische Gemeinde der Welt zeigen können, wie man große Industrie für gemeinsame Rechnung betreibt, nachdem sie schon verloren hat, ihren Boden für gemeinsame Rechnung zu bebauen?“

Carl Marx schrieb 1877: „Strebt Rußland dahin, eine kapitalistische Nation nach westeuropäischem Vorbild zu werden — und in den letzten Jahren hat es sich in dieser Richtung sehr viel Mühe kosten lassen — so wird es dies nicht fertig bringen, ohne vorher einen guten Teil seiner Bauern in Proletariat verwandelt zu haben; und dann, einmal hineingerissen in den Wirbel der kapitalistischen Gesellschaft, wird es die unerbittlichen Gesetze dieses Systems zu ertragen haben, genau so wie die anderen profanen Völker. Das ist alles.“

Wir haben es an dieser Stelle nicht nötig, im Gegensatz zu allem ethischen Geschwafel und antirevolutionärem, schwammigen Reformismus die historische Bedeutung der mächtvollen Ereignisse von der russischen Februarrevolution bis zur Oktoberrevolution 1917 erneut zu würdigen. Und ebenso wenig ist es notwendig, erneut auseinanderzusetzen, daß unsere Beurteilung so vieler verwerflicher Abwehrbewegungen der Kommunisten Rußlands — geboren und unerbittlich sich auswirkend auf dem Grunde bitterster ökonomischer und politischer Not — eine andere ist, als die reformistischer Feilheit und kleinbürgerlicher Verlogenheit. Aber darum müssen doch Tatsachen als Tatsachen angesprochen werden; muß ihr ursächlicher Zusammenhang aus ökonomischer Gesetzlichkeit erkannt werden; und diese Gesetzlichkeit kann nicht umgefälscht werden nach den Wunschvorstellungen einer angestrandeten und schon militärisch hin- und hergezuckten, im politischen Selbstbehauptung ringenden bolschewistischen ecclesia militans. (Streitbaren Kirche)

Wie sind nun diese Tatsachen? Zunächst ein knapper statistischer Überblick. Die Bevölkerung der USSR betrug 1927: 145,6 Millionen, mit einem jährlichen Zuwachs von etwa 162 auf je 10 000 Bewohner. Davon sind — immer nach bolschewist-

schen Angaben — nur 15 Proz. städtische, 85 Proz. ländliche Bevölkerung. (Vereinigte Staaten: 57 Proz., Deutschland 70 Proz. städtisch.) Die Zahl der Industriearbeiter wird mit etwa 2,5 Millionen, die der gesamten Lohnempfänger in Stadt und Land mit 10 Millionen angegeben. Also, wie wir wissen, ein weitaus überwiegend agrarisches Land, mit einem an Zahl verhältnismäßig kleinen Proletariat.

Das Wahlrecht zu den Sowjets, das bestimmt sein soll, den werktätigen Massen die Kontrolle des Staatsapparates zu sichern, sieht so aus: in den Dörfern des eigentlichen europäischen Rußland (der RSFSR) waren vom Wahlrecht ausgeschlossen: 1925/26 1,1 Proz., 1927 3,9 Proz. Wenn man also auch in der Fortnahme des Wahlrechts bei den Bauern im letzten Jahr einen Fortschritt gemacht hat, so zeigt sich hier doch sehr genau, wie die wirtschaftliche Struktur des Landes sich ihren politischen Ausdruck erzwingt. Von den 85 Proz., die die ländliche Bevölkerung ausmachen, sind wiederum keine 4 Proz. vom Wahlrecht ausgeschlossen, d. h. die übergroße Mehrzahl der Bauern hat das Wahlrecht zu den Sowjets. Man fragt sich, wieso bei dieser Lage die Bauern nicht längst eine Regierung geschaffen haben, die ihren Interessen offen und vollkommen entspricht. — Die Antwort gibt die Statistik der Wahlbeteiligung. Diese betrug 1925/26 bei den Stadtsowjets 48,7 Proz., bei den Landsowjets 47,3 Proz. Es gingen zur Wahl von den Rotarmisten (mehr oder weniger kommandiert) 69,8 Proz., von den Gewerkschaftsmitgliedern (ebenso) 56,7 Proz., von den Unorganisierten 37,7 Proz. Diese Zahlen sprechen unverkennbar aus, daß noch jetzt, nach 10 Jahren Diktatur, die aufstrebende Macht der Bauern auch in politischer Hinsicht nur durch eine verhältnismäßig dünne Schutzdecke von dem offenen Durchbruch an die Oberfläche ferngehalten wird.

Auf die Dauer wird niemand mehr darüber hinwegsehen können, daß die periodisch immer wiederkehrenden Krisen des Sowjetstaates, von dem Kronstädter Aufstand und der Einleitung der NEP an bis heute, sich immer und immer um den Bauern drehen, von dem bäuerlichen Element ausgehen. Dies ist eine Tatsache, und an dieser Tatsache können weder Redensarten von dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ und dem „Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern“, noch feine Unterscheidungen zwischen Kulaki, halbkapitalistischen Elementen, „einfachen“ Bauern und Dorfarnut irgendetwas ändern.

Die wirtschaftliche Erscheinung der sogenannten Schere, in der sich der Interessengegensatz zwischen Bauern und Industriearbeitern in Rußland ausdrückt — ein Gegensatz, der durchaus klassenmäßiger Natur ist — zeigt sich z. B. in folgenden Zahlen. Am Ende der Ernte 1925 trat eine höchste Zuspitzung des Warenhungers ein. Damals betrug der Kaufkraft der Städte 3200, der der Dörfer 3900 Millionen Rubel zusammen 7100 Millionen Rubel. Dem stand ein Warenangebot aus heimischer Erzeugung zuzüglich der Einfuhr im Betrage von 6800 Millionen Rubel gegenüber. Dabei waren natürlich keineswegs alle diese Waren für den Bedarf greifbar, sondern bedurften noch einer langwierigen, mit vielen Transporten verbundenen Umdispersion aus Produktionsstätten und zentralen Magazinen bis hin zum letzten Verbraucher. Das Verhältnis zwischen dem städtischen und dem ländlichen Kaufkrafts (32 : 39, also etwa 4 zu 5) widerspricht außerdem scharf dem Verhältnis zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung (15 : 85, also etwa 4 zu 23). Das ist hier nicht gesagt, um für die armen russischen Bauern

zugen die Arbeiter zu sprechen, sondern um die zwingende Kraft der materiellen Produktionsverhältnisse zu zeigen, die sich auch gegen den schärfsten Druck immer von neuem einen Ausweg schaffen müssen.

Die verschiedenen Oppositionen in der bolschewistischen Partei empfehlen nun verschiedene Wege, um aus dieser Klemme herauszukommen und die Schere zu schließen. Die agrarische Richtung will 1. Aufhebung des Außenhandelsmonopols, 2. Verzicht auf die Industrialisierung, 3. Verwandlung der Sowjet-Union in ein reines Agrarland, das Industriewaren einführt. Diese Richtung würde unbeding in kurzer Zeit dazu führen, daß Rußland eine Kolonie des Weltkapitals wird; man muß den bolschewistischen Kritikern dieser Opposition schon recht geben, wenn sie das behaupten.

Auf der andern Seite — um nur die Extreme anzudeuten — empfehlen die sog. Ueberindustrialisten rücksichtslose Preiserhöhung für Industrieprodukte, Zwang gegen die Bauern, entsprechend große Mengen ihrer Erzeugnisse zur Deckung ihres Bedarfs an Industrieprodukten herzugeben. Dazu sagt die Bolschewistin Frida Rubiner in ihrem Buch „Die Grundlagen des Sowjetstaates, 1927“ ebenfalls sehr richtig: „Der Sowjetstaat hat es zwar in der Hand, der Bauernschaft die Preise zu diktiert, aber der Zwang, allzubillig zu verkaufen, würde einen Rückgang der Anbaufläche der getreideverkauften Bauern, also eine Verarmung des Dorfes, zur Folge haben.“ Interessant an dieser Kritik ist einmal der Hinweis auf den „getreideverkauften Bauern“ — bekanntlich können nur Betriebe über einen gewissen Mindesterlös überhaupt den Eigenverbrauch hinaus zum Verkauf produzieren, also Betriebe, die bestimmt nicht zur Dorfarnut zählen und in der Regel Lohnarbeiter beschäftigen — und sodann die Ablehnung auf die „Verarmung des Dorfes“, während es natürlich an erster Stelle heißen müßte „Aushungerung der Stadt.“

Das ungeheuer Gewicht solcher sehr einfacher und im Grunde fast jedermann bekannter Tatsachen ist es, was der sowjetrussischen Politik unwiderrstehlich den Stempel aufdrückt, was die bolschewistische Machthaber zwingt, zwischen zwei gleich katastrophalen Extremen hin- und herzulavieren. Diese sündige Agrarkrise — vielmehr die Staatskrise aus agrarischen Quellen her, erzwingt jene staatskapitalistischen Elemente, also eine Verarmung dem Staatskapitalismus gleich, den unsere Sozialdemokraten als angeblichen Sozialismus anpreisen, und die in der Tat völlig sozialdemokratisch ist. Diese Krise ist es schließlich auch, die sich international in der Arbeiterpolitik auswirkt, als ständige, fressende Krise der Moskauer Parteien und als stärkste Ursache der unerhörten Zerspaltung der Arbeiterparteien der Industrieländer. Die Produktionsverhältnisse des agrarischen Rußland, zusammen mit der Unterwerfung der Bolschewisten unter diese Verhältnisse sind die Ursachen der Verfälschung und Verwirrung des revolutionären Klassenkennens in Europa und der ganzen Welt und damit der Schwäche des Proletariats. Hierüber wird in einem späteren Aufsatz noch mehr zu sagen sein.

Nur die Loslösung der kommunistischen Bewegung von dem Zwang, den russischen Staats- und Agrarkapitalismus als ein kommunistisches Gebilde oder auch nur als einen Weg zum Kommunismus zu betrachten, kann den Anfang einer Gesundung des proletarischen revolutionären Klassenbewußtseins bringen.

steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig.

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je der Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der

den Arbeitskräfte, nun seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Bloß gemacht! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapitalkörper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutz der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verzweilungsänderung, in diesem Sinne auch

Wir beraten ist vorbei. Jeder Ar-

## Offenes Tor für Amerika

Unter obiger Schlagzeile bringt die „Vossische Zeitung“ einen Bericht ihres Moskauer Korrespondenten über die „Annäherung“ Amerikas an die Sowjetunion. Alles Gerede der russischen Führer über das Wachsen des „sozialistischen Sektors“ ändert nichts an der Tatsache, daß das Weltkapital immer stärker im sogenannten „Arbeitertum“ einzudringen vermag — unter den leninistischen Segenswünschen der Stalin, Litwinow u. Co. Der Artikel des bürgerlich-demokratischen Blattes, den wir im Vorläuf bringen, zeigt mit aller Deutlichkeit, wohin die Reise geht.

Moskau hofft auf Wallstreet.

Moskau, 21. November  
Im Kreml hat man unter den Rückschlägen der Annäherungspolitik an Europa noch intensiver und angestrengter als vorher den Blick über den Ozean, auf Amerika gerichtet. Seit der eiligen Anerkennung der Nankingregierung durch die U. S. A. mit ihrer anti-englischen Spitze und erst recht seit Hoovers Wahl beurteilt man die Chancen einer amerikanisch-russischen Annäherung sehr viel hoffnungsvoller als noch ein Jahr zuvor.

Selbstverständlich vollzieht sich die Annäherung zunächst ausschließlich auf geschäftlicher Basis. Aber nachdem hier das Eis tatsächlich (und wie es scheint endgültig) gebrochen ist, hat die Hoffnung an Boden gewonnen, das Wachsen der Handelsbeziehungen werde in Amerika den Gedanken reifen lassen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen bei geregelter juristischer Verhältnis sich bequemer gestalten und entwickeln können.

Amerikanische Ingenieure arbeiten seit langem hier und dort in der Sowjet-Union, die amerikanische Presse stellt die Mehrheit der ausländischen Korrespondenten in Moskau und nach kleineren früheren Anfängen hat im letzten Jahre ein amerikanischer Touristenstrom (meist Wirtschaftler, Professoren, Studenten) eingesetzt, der — angesichts der sonstigen Abschneidung des Reiseverkehrs — erstaunlichen Umfang hat und fünfmal stärker war als im Vorjahre; für den nächsten Mai ist eine amerikanische Touristenreise von 600 Köpfen gemeldet und im Sommer werden zwei Schiffe je 1500 Amerikaner in Leningrad zu mehrwöchiger Rußlandreise an Land setzen. Das sind für den russischen Reiseverkehr sehr hohe Zahlen; dieser Touristenstrom ist gewiß politisch und wirtschaftlich gesehen eine unwesentliche Kleinigkeit, aber er ist immerhin keine Zufälligkeit. Ein wesentlicher und wichtiger Schritt aus dem Beharrungsstande der letzten Jahre zur Aktivität war der General-Electric-Vertrag, der nach zweijährigen Verhandlungen, nach mehreren Studienreisen der General-Electric-Vertreter zustandekommen ist.

Sein Wert liegt nicht in den Ziffern, Summen und Kreditbedingungen, wohl aber in dem gelungenen Exempel, daß eine amerikanische Firma dieser Bedeutung die russische These der „individua-

ellen Schuldenerkennung unter der „Schulden-Kredit-Formel“ unter Kenntnis und Billigung des Staatsdepartements akzeptiert und ihre Ansprüche aus der Nationalisierung ihres früheren Eigentums für abgeolten erklärt hat. Für die geschäftliche Praxis hat der Vertrag dadurch besonderen Wert, daß er auch „technische Beihilfe“ vorsieht, d. h. die Entsendung amerikanischer Instrukteur-Ingenieure, die eine Dauerhaftigkeit und gute Entwicklung des Geschäfts garantiert. Es ist durchaus nicht zufällig, daß annähernd gleichzeitig noch mit einer Reihe technischer Firmen Amerikas „Beihilfeverträge“ abgeschlossen worden sind, die in wichtige Zweige der russischen Wirtschaft (Metallurgie z. B.) amerikanische Instrukteure bringen. Nimmt man hinzu, daß dem Landwirtschaftskommissariat ein Amerikakredit zur rationellen Aufzucht der Pelztiere Sibiriens angeboten ist, daß Ford und die General Motors sich sehr für die Automobilisierungs- und Straßenbaupläne Rußlands zu interessieren geneigt

scheinen, so sieht man recht beachtliche Ergebnisse der Moskauer Politik. — Anfangserfolge zwar, aber gewichtig.  
Nach diesen Anfängen und angesichts des vielleicht etwas zu temperamentvollen russischen Drängens auf ihre politische Ausnützung in der Anerkennungsfrage, war die Zeit reif, daß der amerikanische Finanzberater Polens Mr. De Wey, der der amerikanischen Finanz- und Geschäftswelt ebenso nahe steht wie der politischen, einen Ausfluß von Warschau nach Moskau machte, — um über die wirkliche Stimmung beiderseits der sabelumrasselten Grenze ein Bild zu gewinnen, hinter der eventuell amerikanisches Geld investiert werden soll; daß er im Hause Litwinows wohnte und seine Zeit neben der Krefmbesichtigung Unterhaltungen mit dem Finanzkommissar und dem Staatsbankpräsidenten widmete, wird (positiv oder negativ) von wesentlicher Bedeutung für die Annäherung der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion sein, zunächst finanziell und wirtschaftlich, indirekt damit aber auch im politischen Sinne.

## Die Wirtschaftskämpfe im Ruhrrevier.

Die Vernechtung der deutschen Arbeiterschaft durch das, was man ihre „eigenen Organisationen“ zu nennen beliebt, nimmt allmählich phantastische Formen und ein ungeheuerliches Ausmaß an. Was im Ruhrgebiete vorgeht, ist schon unter diesem Gesichtspunkt nichts als ein großes Trauerspiel. Daß es außerdem im materiellen Augenblickserfolg mit einigem Kaum verteilbar Niederlage der Arbeiter enden wird, kann wohl schon im Augenblick der Niederschrift, am 14. d. M., niemand bezweifeln und niemanden verwundern.

Es scheint außer Frage, daß der Kampf von den Eisenbaronen provoziert wurde, um sowohl ein wirtschaftliches wie ein politisches Ziel zu erreichen. Das wirtschaftliche Ziel hat mit seltener Schamlosigkeit der Hansband enthält, der in seiner Kundgebung für die „Freiheit der Wirtschaft“ — unterschrieben von Demokraten ebenso gut wie von Volksparteilern und Deutschnationalen — es wagen konnte, sich über die wachsenden Spar- einlagen zu beklagen, die ein Zeichen dafür seien, daß die Kapitalbildung unerwünschte Unwege nehme. D. h. also: solange noch gespart werden kann, verdienen die Proleten viel zu viel, nämlich mehr als zur notwendigen Fristung des nackten Lebens nötig ist. Der Mehrwert der von vornherein restlos beim Unternehmer zu verbleiben, der allein berechtigt ist, seine Verwendung zu kontrollieren. Es versteht sich von selbst, daß die Banken einen solchen Aufruf noch viel freudiger unterschreiben als die von ihnen kontrollierten Unternehmer.

Natürlich hat dieses Geschrei der sog. „Wirtschaft“, d. h. der Großkapitalisten, über ihre Not-

lage, ihr Verlangen, man möge sie doch endlich „in Ruhe lassen“, sie „können einfach nicht mehr weiter“ — das alles hat seinen ernststen wirtschaftlichen Hintergrund. Zwar hat sogar ein Wissend nicht behaupten können, die geforderten Lohnerhöhungen seien für die Eisenindustrie untragbar. Aber ebenso sicher ist, daß das Unternehmertum nicht umsonst geradezu das eherne Lohngesetz Lassalles als sein Programm in den Vordergrund stellt, — dieses Gesetz, das bekanntlich als Erklärung für die Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft keineswegs ausreicht. Der zugegebene Wunsch, einen Zustand zu schaffen, der dem ehernen Lohngesetz entsprechen würde, entspringt natürlich dem Drang nach imperialistischem Kampf mit den besser ausgestatteten und finanzkräftigeren Siegerländern um die Weltmärkte, und schließlich auch um den inländischen Markt, unter Aufrechterhaltung der Profitrate. Daß dieser innere Markt bei einem noch weiter verelendeten Proletariat noch den letzten Rest von Kaufkraft einbüßt, kann und darf die Trüstmagnaten nicht interessieren. Sie denken nur daran, daß die Werke nur bei voller Beschäftigung rentabel sind, und haben weder Lust noch die Fähigkeit, sich die unlösbaren inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise klarzumachen.

Deutlicher sichtbar ist das politische Ziel der Unternehmer bei der Entfesselung des Kampfes in der nordwestlichen Eisenindustrie. Der Stolz zielt von der Ruhr nach Berlin. Er soll entweder die Regierung, in der Sozialdemokraten mit Zentrumsleuten und Volksparteilern zusammensitzen, zer-

schlagen, um die Bahn für eine reine Diktatur der Leute um Hugenberg freizumachen, oder er soll wenigstens der Regierung und den Volksmassen klar machen, daß die sozialdemokratischen Minister alles schlucken. Hilferding ist Reichsfinanzminister; er müßte die Beträge bewilligen, die den Gemeinden eine ausreichende Hilfeleistung für die ausgesperrten Arbeiter und ihre Familien ermöglicht. Sobald er aber dies tut, muß er notwendig in Konflikt mit seinem volksparteilichen Kollegen Curtius vom Wirtschaftsministerium kommen, der natürlich eine solche „einseitige“ Stellungnahme zugunsten der Arbeitnehmer nicht billigen kann. So sollen die Gegensätze, die wegen des Panzerkreuzers ohnehin da sind, verschärft und zum Bruch oder zur völligen Unterwerfung der SPD-Minister getrieben werden. Da die Angst der SPD, vor dem Bruch noch immer größer ist als vor jeder noch so schmachvollen Niederlage, so wird wohl das letztere erreicht werden.

Man muß allerdings sagen: die Haltung der Arbeitermassen gibt der SPD, anscheinend recht. Wohl noch nie ist ein Arbeiterkampf von so enormem Umfang mit solcher Kampfgeduld geführt worden. Die Ruhr, noch vor 8 Jahren das Kampffeld einer Roten Armee, nimmt die lächerliche Verschiebung des Klassenkampfes auf das juristische Gebiet hin, ohne zu merken, daß die Hüttenarbeiter lassen ohne Widerspruch zu, daß über die Lebensinteressen ihrer Klasse entschieden wird nach einem ihnen versethen oder auch nur kennen, an dessen Zustandekommen sie nicht den geringsten Anteil haben, entschieden wird von klassenfremden Juristen, deren Spitzfindigkeiten mit dem sozialen Inhalt des Kampfes garnichts mehr zu tun haben und nur dazu bestimmt sind, die Entscheidung zugunsten der Unternehmer in eine möglichst unverständliche Sprache zu bringen, die eben durch diese Unverständlichkeit imponiert.

Die Sprache der Tatsachen, die sicher weit verständlicher ist, hat bisher noch keine sichtbare Wirkung von Bedeutung ausgelöst. Die Gewerkschaftsmitglieder fühlen sich vorläufig durch die vollen Kassen ihrer Organisation einigermaßen gesichert; es scheint ihnen noch nicht notwendig, selbst nachzudenken. Sie werden ihre Niederlage offenbar erst begreifen, wenn nach Abschluß des Kampfes so und so viele von ihnen auf dem Pfahle bleiben und wenn die andern zum ersten Mal wieder ihre geschmälernte Lohnhöhe in die Hand bekommen. Bei den andern, den Unorganisierten, zeigt sich eine gewisse Bewegung; sie sehen voll Angst die letzten kleinen Reserven schwinden und so oft beschimpft hat, weil sie den Gewerkschaftsschwundel nicht mitmachen wollen. Die KPD, froh, für eine Weile von den stinkenden Fäulnis in ihrem Innern ablenken zu können, organisiert sogenannte „Kampfleitungen“ zusammen. Sie verspricht, ihre jetzigen Mitläufer mit verstärkter Energie in die Gewerkschaften zu treiben

— damit auch diese unruhigen Elemente künftig mit gebundenen Händen der Unselbständigkeit und Korruption der gesetzlich gebundenen Fachverbände ausgeliefert sind. Die KPD, enthält damit von neuem ihre Rolle als sozialdemokratische Auf- fangorganisation.

Die „Forderungen“ dieser famosen „zentralen Streikleitung“ in einem Aufruf vom 14. d. M. lauten z. B.: „15 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde, Achtstundentag und dreigeteilte Schicht bei vollem Lohnausgleich“. Weiter nichts? Weiter nichts? In einem Augenblick, wo die Unternehmer der Verbindlichkeitsklärung des sozialdemokratischen Arbeitsministers ihre Hinterfront weiten, dem gesamten Schlichtungswesen schärfsten Kampf ansagen, die Koalitionsregierung, indem sie sie mit Sprengung bedrohen, unter ihre Faust bringen, kurz den Kampf mit aller Offenheit auf das politische Gebiet hinübertragen — da weiß die von der KPD, dirigierte Streikleitung nichts anderes als an gewöhnlichen gewerkschaftlichen Pfennigparolen sich festzuklammern. Mit diesem jämmerlichen durchsichtigen Täuschungsmanöver soll den Proleten der Hüttenwerke eingeeredet werden, daß sie ihren Lohn und ihre Arbeitsbedingungen verbessern könnten, wenn sie nur der „richtigen“ Führung folgten, und daß es damit getan wäre. Die Gewerkschaften werden diese „unlautere Konkurrenz“ bald abgewürgt haben, und zum Dank dafür wird die KPD, noch einmal, und umso lauter, brüllen: „Hinein in die Gewerkschaften!“

Inzwischen wird an der Ruhr verhandelt. Und während an der einen Stelle das Geschäft im Interesse des Profits perfekt gemacht wird, sind dicht daneben, im bergisch-märkischen Bezirk, 35 000 weitere Eisenarbeiter gekündigt, mit denen dann dasselbe Spiel von vorn beginnen kann, werden fast täglich neue Kohlenzechen stillgelegt und ihre Arbeiter auf die Straße gesetzt, sind schließlich eine halbe Million Textilarbeiter für die nächste Zeit infolge Tarifkündigung vor den Kampf gestellt.

Alle diese Kämpfe tragen schon durch ihre Ausdehnung, aber auch durch die offene Kampfanlage der Unternehmer gegen Schlichtungswesen und Sozialpolitik einen politischen Charakter. Eine Reihe von schweren Niederlagen wird auf die Arbeiterschaft herunterprasseln, weil sie auf dem politischen Angriff nicht politisch zu antworten vermag. Nur durch den offenen Gegenangriff, solidarisch und gleichzeitig in allen Gebieten und auf allen Kampffeldern könnte das Proletariat wirkungsvoll antworten. Nur durch die Bildung von Betriebs-Organisationen der revolutionären und klassenbewußten Arbeiter könnte der Kampffront der Unternehmer eine geschlossene Kampffront des Proletariats entgegengestellt werden. Nur die Zerschlagung der Gewerkschaften, nur die Organisation der Klasse von unten auf, aus den Betrieben heraus, ist die Rettung des Proletariats.

Vielleicht helfen die Kämpfe dieses Winters dazu, einer solchen Erkenntnis den Weg zu bahnen. Dann werden sie nicht ganz umsonst gewesen sein.

deren zum Allgemeinen. Der Geist kann also nur über wahrgenommene Tatsachen Gedanken pro- grieren. Erkenntnisse vor aller Erfahrung sind Selbsttäuschungen. Den uralten, scheinbar unlös- baren Widerspruch zwischen materiellem und geistigem Sein hat die Philosophie des 19. Jahrhunderts in dem dialektischen Charakter alles Seins zwei koordinierte Kräfte darstellten, freilich unter dem Vorbehalt, daß das „Dritte-Höhere“ — die Natur — das ursprüngliche sei. Das soll nicht etwa heißen, daß in letzter Instanz doch der Geist der Materie untergeordnet würde. Denn wie die Materie den Geist beherrscht, so gilt auch das um- gekehrte Verhältnis insofern, als der Geist die Materie durchschaut und erkennt. Im Menschen- kopf wird eben das Universum sich seiner bewußt. Der Materialismus des Geistes steht die Vergeltung der Materie gegenüber. Beides zusammen ergibt erst ein vollständiges Weltbild, eine Totalität. Henriette Roland-Holst hat die Bedeutung der Dietzgenschen Philosophie mit großer Anschaulichkeit in den folgenden Sätzen gewürdigt: „Dieser neue Materialismus (Amm, die Dietzgensche Erkenntnistheorie) ist sich klar geworden, daß die Stoffe und Kräfte, das Firm und seine Funktionen gleich reell und gleich wertvoll sind, daß Dinge nur in großen Universalzusammenhängen existieren und wirken können. Er weiß, daß nicht nur Taschbren- klampen Dinge sind, sondern auch Sonnenstrahlen und Blumenblätter, Gedanken und Gefühle in dieselbe Kategorie gehören, daß es nur ein „Ding an sich“ gibt: Das Kosmos, das Universum, dessen Prädi- kate alle anderen Wesen sind.“

Stellt man nun die Frage nach dem Wert der Dietzgenschen Philosophie für Arbeiterbewegung und Klassenkampf, so mag vielleicht von dieser oder jener Seite der grundsätzliche Einwand erhoben werden: Was hat es für den Proletariat für einen Zweck, erkenntnistheoretische Probleme zu erörtern, während der große geschichtliche Befreiungskampf noch im vollen Gange ist? Lautet nicht ein alter Grundsatz: Erst leben, dann philosophieren? — Das ist richtig, aber doch nicht ganz richtig. Wir haben es hier mit einer Wahrheit zu tun, die an sich nicht viel besagt. Sie wird erst zu einer sinn- vollen Lehre dadurch, daß man ihre abstrakte Form mit lebendigem Inhalt zu erfüllen versteht. Zweifellos soll man erst einmal leben, d. h. den proletari- schen Klassenkampf durchleben bis ans Ende, aber um das historische Ziel zu erreichen, muß auch der Weg dahin taghell erleuchtet sein. Solange das eigentliche Denkproblem den Dunstkreis der Metaphysik nicht zu durchdringen vermag, ver- fügt das Bürgertum über eine Waffe, die es ihm ermöglicht, zum mindesten Teile der Arbeiterklasse politisch zu neutralisieren. Denn aus dem Vorhan- denseln angeblich ungelöstes Welträtsel wird sich die herrschende Oberschicht immer wieder das Argument zunutze machen, daß es „höhere“ Welten gibt, die dem menschlichen Geist ewig verschlossen bleiben. Ohne dem historischen Materialismus selbst anzutasten, wird auf jene „letzten“ Erkenntnisse verwiesen, die — so versichert man — unerschütterlich liegen. „In Innere der Natur dringt kein erschaffen- ner Geist.“ Mit anderen Worten: „Die Außenseite der Dinge, kannst du erfassen, ihr Wesen nicht.“

## Präsident in U. S. A.

Der amerikanische Dichter-Sozialist Upton Sinclair hat vor nicht langer Zeit ein Buch ver- öffentlicht unter dem Titel: „Präsident in U. S. A.“ Dieses Buch, in Briefform gehalten, ist eine graus- same Satire auf die Regierungsmethoden des der- zeitigen Präsidenten Coolidge. In der deutschen Presse wird immer wieder mit bedeutungsvollem Augenzwinkern auf die überragenden Machtvoll- kommenheiten des amerikanischen Staatsvor- hauptes verwiesen. Daran ist insofern ein Kern Wahr- heit, als — rein formal betrachtet — der Präsident von U. S. A. mindestens die gleichen Machtbefug- nisse besitzt wie unser verlossener Wilhelm von Gottes Gnaden. Der grundlegende Unterschied be- steht aber darin, daß unser kaiserliches Großmaul allein dem Herrn der Heerschaaren verantwortlich war, also einem Nichts, während Amerikas Staats- Chef eine sehr reale Macht über sich weiß: die Truggewaltigen aus der Industrie- und Finanzwelt. Darüber ist — wie gesagt — bei Upton Sinclair Ergötzelnes zu lesen.

Nun ist soeben im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ mit dem üblichen Klamauk eine neue Präsidentenwahl vorübergerauscht. In den Kirchenpalästen von New York haben die juwe- lengeschmückten Heulweiber der 5. Avenue für den Sieg ihres durchaus bibelbesten und vor allem „trockenen“ Kandidaten Hoover gebetet. Und siehe da: das Wunder ist wirklich geschehen. Der Dollargott hat seine Gläubigen nicht im Stich ge- lassen. 444 Wahlmännerstimmen erklären sich für den Republikaner, während der Demokrat Smith nur mit 87 Wahlmännern zu rechnen hat. Ja, die Wunder einer demokratischen Staatsverfassung sind groß, wenn man bedenkt, daß auf Herrn Hoover 20 Millionen Wählerstimmen entfielen, auf den Gegenkandidaten nur 5 Millionen weniger! Die deutschen Republikaner können also stolz sein auf ihre „vollendetste Demokratie der Welt“.

Für die deutschen Proletariat ist es natürlich von absoluter Bedeutungslosigkeit, ob jenseits des Ozeans die Republikaner oder die Demokraten die Macht behaupten. Beide Parteien sind großkapita- listische Interessenvertretungen, und der Unter- schied zwischen beiden ist ungefähr der gleiche wie zwischen Herrn Dr. Scholz von der Volks- partei und Herrn v. Lindener-Wildau von den Deutschnationalen. Ihre beiderseitige reaktionäre Gesinnung ist über jeden Zweifel erhaben. In der Innenpolitik sind vom proletarischen Standpunkt aus Differenzen selbst mit dem schärfsten Mikro- kop nicht wahrnehmbar. Auch außenpolitisch ist das gleiche zu konstatieren, nur daß die Republi- kaner für ihren waschechten Imperialismus von Zeit zu Zeit den lieben Gott zu Hilfe rufen, während die Konkurrenzpartei dasselbe imperialistische Programm mit einem Schokoladenaufguß von De- mokratie zu servieren pflegt.

Herr Hoover war kaum gewählt, als er bereit, durch die Presse verkündet ließ, er beabsichtige im

## Josef Dietzgen.

(Zu seinem 100. Geburtstage am 9. 12. 1928.)

„Wer war Josef Dietzgen? Was weiß die heu- tige proletarische Generation von einem ihrer Grö- ßten, dessen Lebenswerk beinahe das klassische Format unseres sozialistischen Altmeisters erreicht? Man kann nicht ohne Bedauern den offenbaren Mangel an Beachtung und wohl auch Verständnis — der Vorwurf trifft heute vor allem die proletarische Freidenkerbewegung — gegenüber dem Wirken eines Mannes konstatieren, der zu jenen schöpferi- schen Geistern gehört, denen wir die Fundamente einer sozialistischen Weltanschauung verdanken.“

Um die theoretische Leistung von Dietzgen ge- bührend einzuschätzen, erscheint es nicht überflüssig, die Grenzlinien abzustecken, innerhalb deren sich der dialektische Materialismus von Marx und Engels bewegt. Denn warum leugnen, daß hier in der Tat Grenzen sich bemerkbar machen! Eine solche Feststellung ist aber keineswegs gleich- bedeutend mit einer herabsetzenden Beurteilung des marxistischen Systems. Die monumentale Größe des wissenschaftlichen Sozialismus kommt ja gerade dadurch zustande, daß seine Schöpfer sich auf einen ganz bestimmten Aufgabenkreis zu be- schränken wußten. Nur so wurde es möglich, das große Geheimnis der Menschheitsgeschichte bis ins letzte aufzudecken. Die Abhängigkeit des Den- kens vom gesellschaftlichen Sein, d. h. von Produk- tions- und Eigentumsverhältnissen wurde seitdem zur menschlichen Gewißheit. Während somit über den Inhalt des Denkens und seine gesetz-

mäßigen Veränderungen völlige Klarheit geschaffen war, blieb immerhin noch ein ungeklärter Rest: das Denken selbst und seine Funktionen. Was ist im letzten Grunde Denken überhaupt? Ist der Ur- sprung des Geistes realer oder metaphysischer Natur? Besteht zwischen Geist und Materie eine unüberbrückbare Kluft oder handelt es sich nur um Attribute einer und derselben Universalkraft? Auf diese letzten Fragen der Menschheit gab der histo- rische Materialismus keine unmittelbare Auskunft und konnte auch keine geben, weil seine Frage- stellungen sich eben ausschließlich auf die Verän- derungen im gesellschaftlichen Denken beziehen.

Josef Dietzgen kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, durch seine wahrhaft soziali- stische Erkenntnistheorie jene notwendige Ergän- zung geliefert zu haben, die die Marxsche Gesell- schaftstheorie zur proletarischen Weltanschauung er- weitert. Was ist nun Erkenntnistheorie? Die Ant- wort lautet: es ist die Erkenntnis der Erkenntnis. Es handelt sich also um die Aufhellung des Denk- prozesses selbst. Die Erkenntnistheorie beschäftigt sich gewissermaßen mit der Stammesgeschichte des Denkens, ferner mit der Art des Erkennens und seinen möglichen Grenzen. Indem man Dietzgen die Frage nach dem Wesen des Geistes zum Zen- tralproblem seiner philosophischen Untersuchungen erhob, sah er sich genötigt, nach zwei Fronten zu- gleich kritisch vorzustoßen. Er mußte sich zunächst einmal mit der Idealistischen Philosophie des 19. Jahrhunderts von Grund aus auseinandersetzen, die im System Hegels ihren Gipfelpunkt erreicht hatte. Keine leichte Aufgabe. Als tragender Pfeiler dieser Ideologie ragte jener imponierende Gedanke empor,

der die Selbstentwicklung des Univer- sals als das allgemeine Prinzip von Sein und Denken erklärte. Aber bei aller Großartigkeit der Erkenntnistiefe haftete der Hegelschen Philosophie wie jeder idealistischen Spielart die verhängnis- volle Einseitigkeit an, das geistige Prinzip als das ursprüngliche, eigentliche, die körperliche Welt als seinen Ausfluß, seine Schöpfung zu betrachten. Andererseits sah sich unser Arbeiterphilosoph vor die Notwendigkeit gestellt, die Unzulänglichkeiten des landläufigen Materialismus bloßzulegen, der in Opposition zur Idealistischen Philosophie ins ent- gegengesetzte Extrem geraten war, indem er eben- so einseitig die „Materie“ abetete wie die Ideali- sten die Idee. Die Großartigkeit Dietzgens vollbrach- te, besteht nun darin, daß er unter Aufhebung des Gegensatzes von Idealismus und Materialismus zu einer höheren Einheit, der materialistisch-dialekti- schen Erkenntnistheorie gelangte.

Hatte sich das Bürgertum in verweirter Ohn- macht mit dem Problem des Denkens abgequält, um am Ende immer wieder dasselbe metaphysische Stroh zu dreschen, so lehrte uns Dietzgen die natürliche Einheitlichkeit des Seins begreifen, wovon das Denken eben nur einen Be- standteil bildet. Im Gegensatz zum Idealismus, der alles Geistige als eine im Vergleich zur sinnlichen Wahrnehmung von Grund aus verschiedene Wesensart gedeutet wissen möchte, wird uns hier der Denkprozess als eine des Sinnesfunktionen gleichwertige Erscheinung klargemacht. Das Ge- heimnis der menschlichen Kopfarbeit beruht analog zur Tätigkeit unserer Sinnesorgane auf einer ein- zigen Funktion: dem Zusammenfassen des Beson-

Pressefotos.

Ein Genosse aus Sofia (Bulgarien), spendet 50 belgische Franken. Genosse Wolf Alten-Essen 10.— Rm.

steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig.

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hoffen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlösser zu bauen, trauen wir jedoch der

den Arbeitskräfte, nun seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Blos gemacht! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapital-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verweilungsäußerung, in diesem Sinne auch

allernächster Zeit eine Rundreise durch Lateinamerika anzutreten. Deutlicher konnte seine „Friedenspolitik“ allerdings kaum der aufhorchenden Welt signalisiert werden. Man muß nämlich wissen, daß die „Union“ in den letzten Jahren in den südamerikanischen Republiken nicht weniger als fünf Milliarden Dollars investiert hat und das englische Kapital, das vor dem Kriege hier dominierte, mit rapider Geschwindigkeit zum Rückzug zwingt. Die Monroe-Doktrin wird also jetzt von Washington aus rein geschäftsmäßig in Anwendung gebracht. Die Reise Hoovers nach den lateinischen Republiken bedeutet demnach, in klaren Deutsch übersetzt: Der amerikanische Kontinent wird von nun an zur ausschließlichen Interessens- u. d. h. Ausbeutungssphäre des U.S.A.-Kapitals erklärt. — Ein ungewöhnlicher Wink nach London, dem man durch diese Geste zu verstehen gibt, Old England möge sich neue Interessenzonen in Gottes Namen auf dem Monde suchen, der gesamte amerikanische Erdteil von den Schneefeldern Alaskas im Norden bis zum Feuerland im äußersten Süden würde jedenfalls für britische Kapitaleinfuhr gesperrt.

Wie aber ein Unglück selten allein zu kommen pflegt, so geschah auch hier noch etwas Schreckliches, was dem englischen, aber auch dem französischen Imperialismus vorläufig die Sprache gelähmt zu haben scheint. Der gegenwärtig noch amtierende Präsident Coolidge, bekannt als großer Schweiger — seine Gedankentiefe soll nämlich unergündlich sein! — hat am Waffenstillstandstage die längste Rede seiner politischen Laufbahn gehalten. Dabei wurden den herrschenden Schichten in England und Frankreich moralische Backpfeifen von einwandfreier Güte verabfolgt, daß ihr lauter Schall bis Kalkutta und Shanghai vernnehmlich wurde. Herr Coolidge hat nämlich den Herrschaften in Paris und London rund heraus erklärt, daß alle deutschen Reparationszahlungen beinahe restlos durch amerikanische Anleihen geleistet werden wären. Mit anderen Worten: Wenn auch weiterhin an Reparationszahlungen gelegen ist, so hängt das in erster Linie von unserem guten Willen ab. Und dann kommt der Kanaleffekt. Die weitere amerikanische Hilfe ist nur zu haben, wenn der

anglo-französische Imperialismus seine militärischen Rüstungen wesentlich einschränkt. Wörtlich heißt es: „Amerika wünsche nicht die Vorbereitung eines künftigen Krieges zu finanzieren“.

Man kann sich denken, wie diese Rede dort, wohin sie gerichtet war, eingeschlagen hat. Aber auch damit noch nicht genug, wurde unmittelbar darauf eine neue Schreckenskunde verbreitet. Am 13. November weiß das B. T. aus Washington zu melden, daß nunmehr (d. h. nach der Wahl Hoovers, d. Red.) die Annahme des Gesetzesentwurfs für den Bau von fünfzehn neuen Kreuzern und eines Flugzeugmuttersschiffs im Kongreß als gesichert gelten könne. Das ist die Antwort Amerikas auf den englisch-französischen Flottenpakt. Von einer „Entspannung“ zwischen den beiden imperialistischen Weltmächten kann also keine Rede sein, wie gewisse pazifistische Schwätzer und Neunmalkühe es sich und anderen gern einreden möchten. Im Gegenteil, der Interessengegensatz muß sich mit mathematischer Notwendigkeit verschärfen, weil die enorm anwachsenden Expansionsstrebungen des U.S.A.-Kapitals den ökonomischen Spielraum für Großbritannien von Jahr zu Jahr enger gestalten werden.

Die immer noch anhaltende Prosperität innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft der Vereinigten Staaten mit ihrem relativ hohen Lohnniveau — verglichen mit Europa versteht sich — ist natürlich auch der Hauptgrund für die durchaus antisozialistische Haltung der amerikanischen Arbeiterklasse. Es hat wirklich keinen Zweck, sich hierüber Illusionen zu machen. Der kapitalistische Turmbau Amerikas steht vorläufig noch auf verhältnismäßig sicherer Grundlage. Neben dem noch immer recht kaufkräftigen Binnenmarkt steht dem U.S.A.-Kapital das noch zum geringsten Teil erschlossene Territorium Lateinamerikas zur Verfügung, ferner das gewaltige Ostasien und — Rußland. Die Möglichkeiten zu fortschreitender Kapitalakkumulation sind also gegeben. Wie eine solche Entwicklung jedoch auf die Dauer ohne imperialistische Zusammenstöße mit den Hauptkonkurrenten vor sich gehen soll: das ist freilich eine andere Frage.

## Zerfall der K. P. D.

Zehn Jahre sind es nun seit die linke Opposition der SPD. sich zur KPD. vereinigte. Unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs schien erstmalig eine Organisation des Proletariats zu entstehen, die das Schwergewicht aus den engen Führerkonventionen in die Massen selbst verlegen wollte. Zehn Jahre bitteren Kampfes, zehn Jahre innerer Auseinandersetzungen, zehn Jahre Spaltungen — und das, was sich heute KPD. nennt, ist weiter von Ausgangspunkt des Gewollten entfernt, als es je die SPD. war.

Das sind Tatsachen, über die ein Streit heute inopporant ist. Wir können uns jetzt nunmehr auf die Feststellungen beschränken, die den Zerfall der KPD. als revolutionäre Partei kennzeichnen. Gleichlaufend mit der Entwicklung in Rußland, mit der Anpassung dieses sogenannten „Arbeiterstaates“ an die kapitalistische Gesellschaft müssen auch die Gebilde der 3. Internationale — wie die deutsche KPD. — ihren Anpassungsprozess vollziehen. Der Gegensatz zwischen revolutionärer Phraseologie und den Bedürfnissen des russischen Staates, dessen außenpolitische Propagandazentrale die KPD. war, bricht nun offen aus.

In drei verschiedenen Richtungen wird der Kampf um das leninistische Evangelium geführt. Es gibt ein Zentrum der Partei, das ohne eigene Meinung das Stehaufmännchen der jeweils herrschenden Klique in Rußland ist. Einen linken Flügel, in dem sich langsam und unbefohlen vorerst noch das, was wirklich revolutionär in der KPD. war, zusammenfindet. Und es gibt eine Rechte, die aus den Vorgängen in Rußland den Schluß ableitet, daß die „revolutionären“ Vergangenheit zehrt. Es ist ein Kampf aller gegen alle, der zu dem Zerfall der Partei als solcher führen muß. Liebliche Blüten treibt dieser Gärungsprozess. Korruption und Gewalttätigkeit sind seine Begleiter. Thälmann — der Ebert der KPD. — vertritt monatlang die Unterschlagungen seines Schwagers Wittorf. Opposition dagegen ist „rechte“ Abweichung und führt dazu, daß man selbst der alten Klara Zetkin mit Ausschluß aus der Partei droht. Die Wohnung eines der Anführer dieses letzten (beileibe nicht vereinzelt) Korruptionalles in Hamburg, der zu gleicher Zeit als der Vertreter der dortigen Liquidatoren gilt, wird von Thälmann-Leuten in einer Anzahl von

30 bis 40 Mann umlagert, und die „Rechten“, die sich dort zu einer Fraktionsitzung zusammenfinden, überfallen, verprügeln und zum Ausschluß aus der Partei festgestellt. Zu Berlin hat August Thalheimer, wohl der letzte befähigte Kopf der KPD., seine Auffassung von der Stabilisation des Kapitalismus in der Welt und Rußland und der Unmöglichkeit einer revolutionären Fähigkeit mit dem Ausschluß aus der Partei büßen müssen. Auch Heinrich Brandier, der ehemalige Ehrenvorsitzende der 3. Internationale, mußte das gleiche Schicksal teilen, weil auch er offen das zugab, was die KPD.-Politik ist, nämlich unter Kritik der SPD. nichts anderes, als es die SPD. auch treibt. Der Sieg des Kulakentums und der Nep-Bourgeoisie in Rußland soll in seinen Auswirkungen noch weiter durch revolutionären Tam-Tam versteckt werden. Thalheimer, Brandier, Zeitkin haben zu früh die Maske fallen lassen, das ist ihre Schuld.

Anders steht es mit der linken Opposition. Ihr zuliebe stürzte man sich in das Abenteuer des Panzerkreuzerscheides. Die Don Quichoterie endete blamabel wie sie begann. Man hat heute noch nicht gewagt, entgültige Zahlen über die Beteiligung an diesem parlamentarischen Humbug zu veröffentlichen. Glaubt man etwa auf diese Art die offizielle Bankrotterklärung hinausögern zu können? Es ist ja doch ein offenes Geheimnis, daß nicht einmal die Zahlen der letzten Reichstagswahlstimmen für die KPD. zusammenkommen. Vergeblich war der Liebe Mühe! Die linke Opposition ist durch diesen ihr hingeworfenen launen Apfel nicht satt geworden. Was sie eigentlich will, weiß die Linke selbst nicht. Aller Wahrscheinlichkeit nach folgt sie dem Gedankengang Trotzki's, der ja bekanntlich die Politik aus der Kriegs- und Bürgerkriegszeit Rußlands als die Grundlage einer wirklich revolutionären Politik ansieht. So, wie Trotzki, verkennt auch die Opposition in der deutschen KPD. die Möglichkeit, in der heutigen Situation gleichermaßen zu handeln wie damals. (Und was taten sie damals? — Sie übten Neutralität beim Kampf Rußlands gegen Polen, verpaßten sonst jede Gelegenheit zum Kampf, ließen sich zur Unzeit durch Bela Kun von Losschlagen führen, weil die russische Außenpolitik es erforderte usw.) All diesen Unsinn noch einmal wiederholen? Zum Glück kennt die Geschichte so etwas nicht. Die

Trotzki-Opposition in Rußland ist das erste, wenn auch unklare Anzeichen eines neu beginnenden Kampfes der Arbeiter gegen den sich aufbauenden Kapitalismus. Die linke Opposition in Deutschland ist die ebenso unklare Aufwallung gegen jahrelange Rußland-Lüge und Abgleiten in den Opportunismus. Ihr fehlt Klarheit über sich selbst, über Weg und Ziel des eigenen Kampfes. Vorläufig plätschert das Oppositionswässerchen nur um die Korruptionsercheinungen herum. Jedoch bringt die Auseinandersetzung links, rechts und Mitte in der KPD. diese selbst ins Wanken.

## Rudis Geistesblitze.

Herr Rudolf Breitscheid, der in dem großen Genfer Revue-Theater die Rolle des lyrischen Fenors zu spielen hat, hält sich bekanntlich für einen Staatsmann von europäischem Format. Lassen wir dem großen Rudi den Glauben an sein Genie — was geht das uns an! Eine andere Frage ist freilich die, ob die Politik, die der sozialdemokratische Führer dann und wann zum besten gibt, in irgend einer Weise noch mit jener Idee etwas zu tun hat, die der Marxist als Sozialismus zu bezeichnen pflegt. In der außenpolitischen Reichstagsdebatte vom 20. November hat der Völkerbundsdelegierte Breitscheid die Welt mit einigen Geistesblitzen erfreut, die so schön sind, daß es sich lohnt, für ihre Unsterblichkeit Sorge zu tragen. Da sind zunächst einmal jene klassischen Sätze, die von unserem großen Parlamentsredner zur Frage der Rheinlandräumung geprägt wurden. Wir zitieren nach dem „Vorwärts“:

„Diese Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, hat als erste den Versuch gemacht, das Heildunkel von Genf aufzuklären, sie hat die Forderung der sofortigen und totalen Räumung vor dem versammelten Kriegsvolk in Genf erhoben ...“

**Gerade Leute, die kühne Geste und stolze Worte fordern, müßten das doch anerkennen!** (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)  
Was auch wir ohne weiteres anerkennen müssen — die Tatsache nämlich, daß Hermann Müller, Breitscheid und Co. die Rheinlandräumung fordern — im Interesse der deutschen Bourgeoisie!

Dieses war der erste Streich. Es folgt nun das Kapitel: Abrüstung. Rudis Geist leuchtet tief in die europäische Finsternis hinein. Denn eine neue Wahrheit wird verkündet:

Wir wollen die Abrüstung, aber wir werden gleichzeitig alles tun, um die Sicherheit zu fördern durch die Garantie der vertragsmäßigen Bindungen und der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit.“

Sicherheit, Kriegs-sächtigenspakt, obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit — die außenpolitischen Ideale der guten „Tante Voß!“ Herr Breitscheid, befindet sich Ihr Denkvorgang wirklich in einem derart hoffnungslosen Zustand, daß Ihnen dieser 100 prozentige Unsinn als politische Weisheit erscheint? Der Dank des Vaterlandes und das Hohngelächter der Hölle ist Ihnen gewiß.

Nach dem Wort: „Ende gut — alles gut“ haben wir uns den besten Witz natürlich zum Schluß aufbewahrt. Rudi, der leider nur körperlich große Nachfolger August Bebel's, kann nicht umhin, der Reparationsfrage einige tiefe Gedanken zu widmen. Sie sind so abgrundtief, daß wir auf ihre Weitergabe lieber verzichten wollen. Aber ein Gedanke steht da — erhaben wie der Eiffelturm in Paris. Dieser waschechte Breitscheid-Gedanke soll keineswegs — es wäre ein Verbrechen! — der Nachwelt vorenthalten werden. Er lautet urkundlich also:

„Von deutschen Standpunkt aus wünschen wir, daß die Sachverständigen politisch nicht gebunden seien, auch nicht an Welsungen ihrer Regierungen, sondern daß sie aus ihrer persönlichen Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse entscheiden.“

Also sprach Rudolf Breitscheid. Das ist offenbar so zu verstehen, daß die Herren „Sachverständigen“ ein Flugzeug bestiegen, das sie täglich tausend Kilometer über die Erde erhebt, wo jene rann- und zeitlose Atmosphäre erreicht wird, in der die verschiedenen national-kapitalistischen Wirtschaftsinteressen sich in blauen Dunst auflösen. Wir armen Erdensöhne sind leider nicht in der Lage, an dieses neue Christwunder zu glauben. Von unserem „deutschen Standpunkt“ aus neigt wir eher zu der Annahme, daß die Gehirne der Proletariat mit blauem Dunst umnebelt werden sollen, zu dem Zwecke nämlich, daß sie die Akkumulation des Elends nicht wahrnehmen, die aus der Reparationslasten notwendig erwachsen muß. Meinen Sie nicht auch, Herr Breitscheid?

8. Jahrg. 1929

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Nr. 1/2

Preis 10 Pf.

(Erscheint nach Bedarf.)

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Int. Institut Soc. Geschiedenis Amsterdam

## Zur Pariser Konferenz

Die in Paris tagende Sachverständigenkommission zur Nachprüfung des Dawesplanes war noch vor einem Vierteljahr das Ziel der Sehnsucht der gesamten bürgerlichen und erst recht natürlich der sozialdemokratischen Presse Deutschlands. Jetzt, wo die Konferenz tagt, ist das alles anders geworden. Damals hieß es: es wird höchste Zeit, daß der Dawesplan nachgeprüft, vor allem aber, daß endlich die Gesamtsumme der deutschen Verpflichtungen abschließend festgestellt wird. Den Sehnsühtönen sind inzwischen Jammerklänge und Kassandrarufer gefolgt. Der gut verdienende deutsche Bürger, der allabendlich in Massen die Theater, Kinos, Tanzpavillons und Amüsierlokale aller Art frequenziert, klagt jetzt angstvoll: die Gesamtsumme werde gewiß zu hoch angesetzt werden — wenn der Schutze der deutschen Währung wegfalle, so werde gewiß eine neue Inflation kommen.

Jedenfalls aber fühlt der deutsche Spießer sich wieder einmal im Mittelpunkt der Weltgeschichte stehen, alles dreht sich — meint er — um ihn, und er merkt nicht, wie sehr diese Konferenz zugleich den Versuch bedeutet, die immer bedrohlicher werdende Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze unter den Weltmächten durch eine Formulierung der gemeinsamen Interessen zu überwinden. Die Schärfe dieser Gegensätze kam soeben erst zum Ausdruck in den Beschlüssen des englischen Imperialismus einseitig, des nordamerikanischen andererseits, ihre Flottenstreitkräfte schleunigst zu erhöhen. Zwar spielte sich gleichzeitig auf finanziellen Gebiet etwas anderes ab, was auf völlige Herzensbrüderschaft der beiden angelsächsischen Mächte schließen lassen könnte: eine Zusammenarbeit der beiden Notenbanken in der Erhöhung des englischen Zinssatzes bei gleichbleibender Höhe des amerikanischen Zinssatzes — eine Aktion, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, die jedoch zweifellos nach persönlicher Verhandlung des Präsidenten der Bank von England mit New Yorker Finanzkreisen zustande kam, und die sowohl der Aufrechterhaltung der englischen Währung wie dem Kapitalbedarf der amerikanischen Wirtschaft zugute kommt. Derartige, auf den augenblicklichen Zustand der internationalen Geldmärkte berechnete gemeinsame Aktionen sollten aber nicht den Blick für die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den beiden imperialistischen Weltmächten trüben, die zur gleichen Zeit so zu schwarzen Demonstrationen führen, wie es die Beschlüsse auf beschleunigte Flottenrüstung sind.

Dieser Gegensatz der angelsächsischen Mächte ist zugleich maßgebend für die Rolle, die Frankreich im politischen Hintergrund der Pariser Konferenz spielt. Die französische Militärmacht mit ihren Filialen im Osten Europas ist zwar im Augenblick mit England näher befreundet als mit Amerika, aber sie ist wohl kaum ungeduldig festgelegt und hat auch gar keinen Anlaß, sich endgültig festzulegen. Sie wird vielmehr nach wie vor versuchen, aus ihrer Position als stärkster möglicher

Bundesgenosse herauszuholen, was irgend herauszuholen ist.

Dies ist das wichtigste über den politischen Hintergrund der Pariser Konferenz. Schon von hier aus ist zu erkennen, daß die Position der deutschen Bourgeoisie nicht einfach ist. Der Wille der Gläubigerländer, sich untereinander vorläufig — jedenfalls bei diesem Anlaß — zu einigen, ist zweifellos vorhanden, aber die Einigung kann nur erfolgen auf Kosten des schwächsten Teils, der deutschen Ebert- und Hindenburg-Republik.

Jede Einigung aber, wie sie auch aussehen mag, muß auf die Dauer an ihren inneren ökonomischen Widersprüchen zerplatzen. Wie liegen die Dinge finanziell und wie liegen sie ökonomisch? Bei Betrachtung der finanziellen Seite darf man nicht vergessen, daß die sog. „Sachverständigen“ fast ausschließlich Bankleute sind, der größte unter ihnen, Morgan, als der ungekrönte König der internationalen Hochfinanz, zugleich auch der Beherrscher der Konferenz. Ihr gemeinsames Interesse ist das große Geschäft, das mit der sog. Kommerzialisierung der deutschen Reparationsschuld winkt. Die Kommerzialisierung bedeutet, daß aus der Schuld von Staat zu Staat eine Schuld der deutschen Republik gegen diejenigen Privateute gemacht wird, die Anteilscheine an dieser Schuld gekauft haben. Diese Anteilscheine zu schaffen und auf den Markt zu bringen, bedeutet für die internationale Hochfinanz eine der größten Weltgeschäfte, die sie je gemacht hat. Schon allein an der normalen Gebühr, die sie für ihre Mitwirkung wie für jedes andere Bankgeschäft erhebt, wird sie Hunderte von Millionen verdienen; zu zweigelt von den ungeheuren Gewinnen, die sie dann später an dem Auf und Ab der Börsenkurse erzielen lassen. Es versteht sich von selbst, daß die Banken in ihrem eigenen Interesse genau untersuchen, ob der Weltmarkt für Anleihen jetzt schon aufnahmefähig für ein solches enormes Objekt ist, und unter welchen Voraussetzungen. Ebenso versteht sich von selbst, daß die amerikanischen Bankiers wenig Interesse daran haben, die Schuldsumme zu niedrig anzusetzen. Daher denn auch die phlegmatische Ruhe der amerikanischen Politiker, wenn irgendwo die Andeutung fällt, Amerika möge die Schuld Frankreichs und Englands herabsetzen. Das ist ein Thema, auf das man sich erst gar nicht einläßt. Man weiß den wirtschaftlichen und politischen Druck zu schätzen, unter dem man die europäischen Schuldnerstaaten mit diesem Mittel der Kriegverschuldung hält, und man weiß, daß dieser Druck auf Deutschland weitergegeben wird. Polnarcé hat seine Forderungen sehr deutlich formuliert: alles, was Frankreich an Amerika zu zahlen kann, will es von Deutschland wiederhaben, dazu die ganzen Summen, die es für die Wiederherstellung der kriegszerstörten Gebiete (einschließlich ungeheurer Betrugs- und Korruptionsbeträge) ausgegeben hat.

Angelich wird ja nun auch die ökonomische und sogar — wozu haben wir unsere modernen Errungenschaften? — die soziale Seite des Problems in Paris geprüft. O, bitte sehr, es ist alles da, sogar die Fürsorge für den Lebensstandard der deutschen Volksmassen hat man bekanntlich im Dawesplan nicht vergessen. Wenn man von dem absteht, was hier offensichtlich überhöcker Kulisse ist, aufgestellt für die Armen im Geiste, so bleibt die Frage offen, wie die Konferenz sich die Auswirkungen weiterer Reparationsleistungen in ökonomischer Hinsicht vorstellt. Wahrscheinlich gar nicht, denn das Problem, vor dem sie hier steht, ist unlösbar. Die deutsche Wirtschaft kann nicht monatlich 2½ Milliarden zahlen, ohne zugleich den gesamten Weltmarkt in katastrophale Unordnung zu bringen und die Lebenshaltung des eigenen Proletariats auf ein Kuli-Niveau zu drücken. Was bisher abgeführt wurde, ist bezahlt worden aus Schulden, die die Kapitalisten und Gemeinden Deutschlands aufgenommen haben. Dieser Prozeß der Auslandsverschuldung kann natürlich noch erhebliche weitere Fortschritte machen, und es können noch bedeutende Teile des deutschen Produktionskapitals in amerikanische und englische Hände kommen. Aber auch das hat einmal ein Ende, und vor allem ist es natürlich für das deutsche Proletariat ohne jede Bedeutung, ob es von seinen „eigenen“ oder von ausländischen Kapitalisten ausgebeutet wird.

Das Geschrei, in dem die KPD.-Presse mit Hugenberg Arm in Arm die deutschen Arbeiter befohlen zu machen sucht: Deutschland dürfe nicht eine Kolonie des Weltkapitals werden — ist daher ohne jeden Sinn, sofern man sich nicht mit der demagogischen Absicht seiner Urheber begnügt. Die Aufgabe des deutschen Proletariats ist nicht die Rettung der nationalen Selbstständigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern die Eroberung dieser Wirtschaft in die Hände der Arbeiterklasse.

Wie stellt sich denn die Masse des Volkes zu den Reparationsfragen? Instinktiv ganz richtig, nämlich so: was geht uns das an? Haben wir Schulden an Amerika oder sonst wen? Wir haben keine Schulden gemacht und haben nichts unterschrieben. Darum wollen wir ausgehen, was wir verdienen, auch wenn es mal etwas mehr ist als zum einfachen Vegetieren notwendig wäre. Was man im Bauch hat, kann einem keine Steuer und kein Gerichtsvolzleiher mehr nehmen. Sollen die oben doch sehen, woher sie das Geld bekommen, die, den Krieg und die Inflation gemacht und an beiden verdient haben. — Wir wiederholen: ein richtiger Instinkt steckt in dieser Haltung, aber freilich keine klare Erkenntnis. Nur darum ist es möglich, daß die blöde und gedankenlose nationalistische Mache der Leute um Hugenberg, des Klubs auch unter Arbeitern noch immer Erlöse haben kann. Nur darum auch, nur weil er dumpfes, an sich richtiges Gefühl nicht geklärt, sondern durch Phrasenschwall mißbraucht wird, ist es auch möglich, daß noch immer der nationalistische Parolenzirkus der KPD. Anhänger findet.